

Kampf um Erhalt der VW-Standorte

NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]
NAEB 2422 am 28. Oktober 2024

Die Landeswirtschaftsminister mit VW-Werken wollen mit ungeeigneten Mitteln alle VW-Werke und Arbeitsplätze erhalten. Doch ihre Vorschläge beschleunigen die Deindustrialisierung.

In der Wilhelmshavener Zeitung stand ein Artikel von Christopher Weckwerth mit dem Titel „Kampf um Erhalt der VW-Standorte“. Die vier Landeswirtschaftsminister Olaf Lies (Niedersachsen), Martin Dulig (Sachsen), Kaweh Mansoori (Hessen) und Franziska Giffey (Berlin) sind SPD-Mitglieder. Sie wollen gemeinsam daran arbeiten, dass kein Standort geschlossen wird, heißt es in einem Positionspapier. Weiter wollen sie verhindern, dass einzelne Standorte gegeneinander ausgespielt werden. Doch Politiker können wenig ausrichten, wenn ein Standort unwirtschaftlich ist.



Ideologiebedingt wurde aus dem Mythos ein Desaster [1]

Verträge schützen keine Arbeitsplätze

Arbeitsplätze sollen geschützt werden. Dazu soll ein neuer langfristiger Vertrag zur Beschäftigungssicherung erarbeitet werden, der Arbeitsplätze schützt und für den Erhalt des Know-how sorgt. Arbeitsplätze können nur gesichert werden, wenn die Firma verlustfrei wirtschaftet. Die Energiepolitik der Ampelregierung führt jedoch zu immer höheren Energiepreisen, durch die die Produktionskosten steigen und die Kaufkraft und damit der Absatz von Autos sinken. Insolvenzen sind absehbar. Dann sind die Arbeitsplätze weg trotz schönster Verträge zur Beschäftigungssicherung.

Hier zeigt sich der falsche Glaube, Gesetze und Verträge würden selbst dann gelten, wenn sie gegen wirtschaftliche Vernunft und sogar gegen physikalische Grundlagen verstoßen, den die Ampel-Regierung zusehends mehr vertritt. Richtig sind Anstrengungen, Fachleute im Land zu halten. Doch die erhalten in vielen Ländern bessere Arbeitsplätze und ein höheres Einkommen bei niedrigeren Steuern und wandern aus der Bundesrepublik Deutschland mit seinen hohen und weiter steigenden Lebenshaltungskosten aus. Dafür kommen Immigranten ins Land. Prof. Hamer vom Mittelstandsinstitut Niedersachsen hat festgestellt: Für einen ausgewanderten Fachmann kommen zwei ungelernete Immigranten in die Bundesrepublik Deutschland.

Batterieautos erfüllen keine Kaufwünsche

Die Verkäufe von Volkswagen schwächeln. Es wird teilweise auf Halbe produziert. Das gilt vor allem für Elektroautos mit reinem Batterieantrieb. Autofahrer weigern sich, höhere Preise für ein Elektroauto zu zahlen und dann noch lange Ladezeiten mit steigenden Stromkosten sowie kurze Reichweiten in Kauf zu nehmen. Beispielsweise hat der Besitzer eines Elektroautos für eine Reise von der Nordsee zum Bodensee ein Verbrenner-Auto gemietet, das ihm die Reise an einem Tag ohne Unterbrechung ermöglichte. Ein Produkt muss die Kundenwünsche erfüllen. Nur dann wird es gekauft. Batterieautos versagen hierin. Die Nachfrage mit Kaufprämien anzukurbeln, ist ein Weg in die Sackgasse. Denn auch die behördlichen Prämien müssen letztlich von den Käufern über höhere Steuern bezahlt werden.

Sinnvoll dürften Elektroautos sein, die ihren Strom von einem Generator erhalten, der von einem kleinen Verbrennungsmotor im optimalen Drehzahlbereich angetrieben wird. Eine Pufferbatterie übernimmt die Regelung der Leistung beim Anfahren und Wechseln der Geschwindigkeit. Ein solches Auto hat den hohen Fahrkomfort des Elektroantriebes ohne Schalten, geringen Treibstoffverbrauch und kann in einer Minute betankt werden. Rein elektrischer Antrieb in Städten ist je nach Größe der Pufferbatterie gegeben. Solche Autos werden in Fernost entwickelt und sind teilweise schon auf dem Markt. Hier hat die Bundesrepublik Deutschland Nachholbedarf.

Teurer Strom wird sinnfrei verbraucht

Die Minister fordern niedrigere Energiepreise für die Industrie. Dazu sollen wieder Subventionen fließen, die letztlich den Steuerzahler und damit den Autokäufer ärmer machen. Die Ursachen der immer weiter steigenden Strompreise werden ignoriert. Es ist die Energiewende, die das Weltklima retten soll. Doch statt die Energiewende zu stoppen, wird der Ausbau der ohne Subventionen unwirtschaftlichen Wind- und Solarstromanlagen noch beschleunigt. Von dem erzeugten Strom wird immer mehr auf dem Weg zum Verbraucher vernichtet. Leitungsverluste durch längere Leitungen und die kostenpflichtige Entsorgung (negative Börsenpreise) von überschüssigen und nach dem EEG teuer vergüteten Strom sind die wesentlichen Energievernichter. Mit jeder weiteren Wind- und Solarstromanlage nehmen Stromüberschuss und Entsorgungskosten zu. Die Speicherung von Strom in Pumpspeicherwerken und Batterien führt zu Verlusten von mehr als 20 Prozent. Die Erzeugung von Wasserstoff und die Wiederverstromung in Gaskraftwerken haben Verluste von rund 80 Prozent.

Strompreise kann man nur senken durch ein Ende der Subventionen für die Energiewende und damit deren Stopp und den Stopp der CO₂-Abgaben. Dann sind auch die CO₂-Grenzwerte der EU im Abgas der Verbrenner-Autos vom Tisch, die inzwischen unter physikalisch erreichbaren Werten liegen und noch weiter herabgesetzt werden sollen. Bleiben die Werte bestehen, drohen im Folgejahr Strafzahlungen in Milliardenhöhe, die den Abwärtstrend der Automobilindustrie beschleunigen.

Minister wollen keine freie Forschung

Doch Kritik am geplanten Verbrenner-Aus weisen die Minister zurück. Debatten um ein Zurück zum Verbrenner verunsicherten sowohl Käufer als auch Unternehmen und Investoren, steht in dem Positionspapier. „Ich habe schon oft gesagt, dass Technologieoffenheit zu Orientierungslosigkeit führt. Und gerade die können wir uns in dieser Phase und in den nächsten Jahren nicht leisten!“, sagte Minister Lies. So betrachtet ein SPD-Minister freie Forschung und Entwicklung.

Es lohnt sich, über den nationalen Tellerrand zu schauen. In China kostet Strom für den Verbraucher rund 9 Cent / Kilowattstunde, in der Herstellung im Kohlekraftwerk weniger als 4 Cent. Dies ist möglich, weil über 85 Prozent des Stroms in China aus Kohle-, Kern- und Wasserkraftwerken stammt. Heimische Kohle hat einen großen Anteil an der Stromerzeugung. Mit Beendigung der EEG-Subventionen und der CO₂-Bepreisung und dem Wiederaufstart der noch intakten Kohle-Kraftwerke, sowie der Förderung von Erdöl und Erdgas aus dem Schiefergestein in der Bundesrepublik Deutschland können unsere Strompreise auf das Niveau von China sinken. Damit wäre die Bundesrepublik Deutschland wieder weltweit konkurrenzfähig. Arbeitsplätze wären sicher und die Abwanderung von Fachkräften würde gestoppt. Die Ampel-Regierung wird wohl aus ideologischen Gründen diesen Weg verweigern und eher den Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland auf das Niveau von Entwicklungsländern drücken.

Die Forderungen des Stromverbraucherschutzes NAEB

1. Klimawandel hinnehmen: EE-Strom aus Sonne, Wind und Biogas samt EEG beenden
2. Nord-Stream reparieren, weiterhin Erdgas statt Wasserstoff (H₂) nutzen
3. Weiterhin Kohlestrom nutzen, Kraftwerke reaktivieren, keine CO₂-Langzeitspeicherung
4. CO₂-Abgabe beenden, Klimaschutzgesetz aussetzen, Klimafonds und Transformationsfonds auflösen
5. kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995
6. E- / Bio-Fuels und Batterie-Kfz-Mobilität stoppen

Diese sechs Aktionen gegen Ampel und CDU/CSU per AfD durchsetzen

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V.i.L. Stromverbraucherschutz

www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-Car-1-7

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Heinrich Duepmann
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.i.L.
Georg-Büchner-Weg 3
33335 Gütersloh
Fon 0171 336 4683
info at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.i.L.
Georg-Büchner-Weg 3
33335 Gütersloh
Fon 0171 336 4683
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

